



RCDS
BAYERN

Banzer Grundsatzklärung für ideologiefreie Hochschulen

12. Juni 2022

Herausgeber:

Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Bayern e.V.
Mies-van-der-Rohe-Str. 1
80807 München

Telefon: +49 (89) 1243 – 280

Fax: +49 (89) 1243 - 269

E-Mail: info@rcds-bayern.de

www.rcds-bayern.de

Der RCDS in Bayern e.V. postuliert die nachstehende Grundsatzerklärung und erhebt die ideologiefreie Hochschule zum Topos seines Wirkens an den Universitäten in Bayern.

Banzer Grundsatzklärung für ideologiefreie Hochschulen

Gefahr droht einer unabhängigen Wissenschaft, einer freien Forschung und Lehre. Ein Gespenst geht um in Bayern und es sucht die Hochschulen und Universitäten heim. Von verschiedenen Seiten in unterschiedlichen Richtungen und Intensitäten werden sowohl der Lehrbetrieb als auch die Freiheit in der Forschung in Bayern bedroht. Die Universität als Hort gelebter Toleranz, als lebendiges Forum des Austauschs von Meinungen, Auffassungen, Standpunkten, sowohl wissenschaftlicher als auch politischer Natur, ist in Gefahr. Die Freiheit der Meinungsäußerung und des Austausches unter gegenseitiger Toleranz und gegenseitigem Respekt wird immer wieder aufs Neue gefährdet von all jenen, die weder Meinungsfreiheit noch deren Ausdruck verstehen, sondern im Sinne einer falsch verstandenen Toleranz, die sich allein auf ihre Meinung beschränkt, andere Meinungen, aus Toleranz heraus abgeleitet intolerant ablehnen und versuchen deren Ausdruck und Verbreitung zu verhindern.

Der Wert der Meinungsfreiheit zeigt sich jedoch am Umgang mit den Meinungen einer Minderheit, nicht an der Meinung der Mehrheit. Sollte dieser freie Raum des Austauschs und der Diskussion verschwinden, so bleibt letztlich nur ein bestimmter Strang von Meinungen übrig, die unter den gegebenen Vorzeichen viel leichter aus sich selbst heraus und durch ihr eigenes Selbstverständnis einen Absolutheitsanspruch und eine Polarität entwickeln. Gerade der Verlust einer Kultur von Meinungspluralität würde einen Einschnitt bedeuten, der wiederum die Äußerung eines abweichenden Standpunkts und einer entgegenstehenden Meinung in einem Umfeld, in dem eine gewisse Abneigung bis hin zu offener Feindseligkeit diesem gegenüber herrscht, umso schwieriger machte. Ein Klima freien Meinungs austauschs, von dem eine Universität und Hochschule beseelt sein sollte, kann man nicht durch Gesetze und Verordnungen schaffen, sondern ein solches muss gelebt und wo nötig auch verteidigt werden. Den Standpunkt eines anderen – sowohl in wissenschaftlicher als auch politischer oder gesellschaftlicher Hinsicht – zwar nicht zu teilen, aber ihn dennoch zu

respektieren, verlangt vom Einzelnen weitaus mehr ab, als ihn schlichtweg abzutun oder sogar als unvertretbar zu brandmarken. Wer die Auffassung des anderen nicht teilt, weil er der Meinung ist, eine andere sei korrekt und richtig, darf die Äußerung der anderen dennoch niemals unterbinden und verhindern. Nicht nur aus Rücksicht auf die Berechtigung zur Äußerung einer anderen Ansicht, sondern auch allein aus dem inneren Selbstverständnis heraus, dass im freien Meinungsstreit die bessere obsiegen müsste. Wer vermutet, in einem solchen Streit nicht bestehen zu können, der solle vielmehr überdenken, woran dies liegen könne.

Der RCDS in Bayern e.V. bekennt sich aus seinem inneren Selbstverständnis heraus zu einer Hochschullandschaft, die ideologisch unbeeinflusst und politisch frei existieren kann. Er sieht jedwede Beeinflussung, die sich gegen die Freiheit der Meinung, die Freiheit der Sprache, des Wortes und der Wissenschaft richtet als unerträgliche Beeinträchtigung eines Forums, das dem freien Austausch dienen soll. Die Gedanken sind frei! Doch auch die Äußerung derselben muss unter allen Umständen im Freistaat Bayern im 21. Jahrhundert gewährleistet werden. Sich jedoch allein der Bewahrung und Konservierung eines Zustandes zu verschreiben, ist nicht das Begehr, da eingeräumt werden muss, dass an vielen Stellen bereits wesentliche Einschnitte zu erkennen sind. Als RCDS in Bayern e.V. wollen wir uns mit jedem einzelnen Mitglied für eine freie Wissenschaft, eine freie Lehre und für eine ideologiefreie Hochschule einsetzen, bis dies nicht weiter Ideal bleibt, sondern Realität wird.

Ideologiefreie Hochschule

Um verständlich zu machen, welche Vorteile eine ideologiefreie Hochschule hat, ist der sicherste Weg die Vorführung der Nachteile von Beeinflussungen durch Ideologien an Universitäten und Hochschulen. Hier muss jedoch zuvor noch der Begriff von Ideologie erläutert werden, um eine Einordnung überhaupt erst vornehmen zu können.

Als Ideologie soll im Folgenden weitgehend neutral die Besetzung eines Systems von Ideen, Meinungen und Werten verstanden werden, welches zur Eigen- und Fremdeinschätzung von Handlungen und Beurteilung fremder Gruppen gebraucht

werden kann.¹ Eng verbunden bleibt Ideologie immer mit bestimmten sozialen Gruppen, die sich auf Grundlage der gemeinsamen Weltanschauung bilden und diese auch zur Bewertung anderer heranziehen. Dass die eigene Weltanschauung etwas sehr Privates und noch bei weitem kein Politikum darstellt, ist ebenso klar, wie dass gerade in der flächenmäßigen Überschneidung von Weltanschauungen Anknüpfungspunkte für ein gemeinsames Vorgehen beispielsweise im politischen Bereich vorliegt. Es gibt so viele Wahrheitshorizonte wie Wahrnehmungshorizonte. Je nachdem, wie nahe oder fern eine andere der eigenen Wahrheit ist, variiert die Akzeptanz dafür.

Akzeptanz ist für den respektvollen Umgang mit den Überzeugungen des Anderen jedoch auch noch gar nicht nötig, sondern vielmehr Toleranz. Toleranz kann nämlich Raum schaffen für eine harmonische Koexistenz zweier divergierender Ansichten. Ideologien jedoch, die weder Toleranz noch einen Respekt vor der Meinung des Anderen beinhalten, engen diesen Raum ein. Wer allein Akzeptanz aufbringen kann, wird sowohl Bestätigung als auch Harmonie nur dort finden, wo es starke Überschneidungen zu seiner eigenen Weltanschauung gibt. Die Unterscheidung zwischen Toleranz und Akzeptanz ist demnach eine grundlegende, die es zu Beginn einmal zu machen gilt, um im Folgenden darauf zurückzukommen.

Unter einer ideologiefreien Hochschule ist jedoch keinesfalls eine solche zu verstehen, an der jeder seine eigene Weltanschauung verwerfen muss. Vielmehr liegt darin die Abwesenheit einer ideologischen Prägung, sei es auch die Weltanschauung der Mehrheit. Eine solche ist nur zu erreichen, wenn sich die große Mehrheit dazu bereitfindet, Toleranz zu entfalten für das Gegenüber und das Miteinander. Ideologiefrei meint daher die Abwesenheit einer alle anderen überspannenden Ideologie mit eindeutigem Anspruch, Wirkkraft und Überzeugung zu entfalten, um dauerhaften Einfluss zu generieren.

¹ Siehe hierzu: Blume, Thomas: Ideologie. In: Online-Wörterbuch der Philosophie. Eingesehen unter: https://web.archive.org/web/20160211204003/http://www.philosophie-woerterbuch.de/online-woerterbuch/?tx_gbwphilosophie_main%5Bentry%5D=426&tx_gbwphilosophie_main%5Baction%5D=show&tx_gbwphilosophie_main%5Bcontroller%5D=Lexicon&no_cache=1 (zuletzt am 27.05.2022).

Extremismus

Während ein solcher Mangel an Toleranz, der eine ideologische Prägung erst ermöglicht, einerseits an verschiedensten Stellen auftritt, wo der eigene Standpunkt mit einem Absolutheitsanspruch ausgestattet wird, um eine Gegenrede unmöglich zu machen, ist die wesentlich bekanntere Form der Intoleranz und damit undemokratischer Auffassung an den Rändern des politischen Spektrums und im Extremismus erkennbar.

Der Extremismus zeichnet sich mitunter dadurch aus, dass er den freiheitlich demokratisch verfassten Staat ablehnt und ihn einschränken bzw. abschaffen will. Ferner ist Extremismus an seinem Freund-Feind-Stereotyp, seinem hohen Grad an Dogmatismus und seinem Missionsbewusstsein zu erkennen. Unterschiedliche Meinungen und Interessen sind für Personen mit extremistischem Denken nur schwer zu ertragen. Die Erscheinungsformen von Extremismus und die Mittel, die zur Erreichung der politischen Ziele eingesetzt werden, sind vielfältig.² Verfassungsfeindliche Aktionen dürfen nicht salonfähig werden. Sie untergraben unseren Rechtsstaat und hart erkämpfte bürgerliche Freiheiten. Für den RCDS in Bayern e.V. ist es höchst besorgniserregend, wenn an den Hochschulen verschiedene extremistische Tendenzen bzw. Radikalisierungen erkennbar werden.

Rechts- und Linksextremismus

Leider müssen wir feststellen, dass es an den Hochschulen in Bayern und in den anderen Bundesländern verstärkt zu Vorfällen rechts- und linksextremistischer Art kommt. Vorab möchten wir aber festhalten, dass die absolute Mehrheit der Studenten fest auf dem Boden der Demokratie steht, dennoch kein einziger extremistischer Vorfall hinnehmbar ist.

Rechtsextremismus

An der Johann Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main wurden bereits mehrfach Flyer der rechtsextremistischen Atomwaffen Division gefunden.³ Eine

² Siehe hierzu: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202019/extremismus/> (zuletzt eingesehen am 27.05.2022)

³ Siehe hierzu: <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/nazi-flugblaetter-an-der-goethe-uni-abgeworfen-16208049.html> (zuletzt eingesehen am 27.05.2022)

besorgniserregende Entwicklung, da diese aus den USA stammende Organisation nun anscheinend auch ihren Weg nach Deutschland gefunden hat, dort versucht, einen Ableger zu etablieren und neben der bereits bestehenden Identitären Bewegung verfassungswidriges Gedankengut fördert und verbreitet. Dies darf keinesfalls geduldet werden. Speziell als studentische Hochschulgruppe mit christlich-demokratischem Denken stellen wir uns jeglicher Art von nationalsozialistischem Denkens entgegen.

Linksextremismus

Auch hinsichtlich des Linksextremismus kommt es an unseren Hochschulen seit Jahren verstärkt zu Vorfällen. Zu nennen sind hier die linksextremistischen Antifa-Gruppen und Referate, die sich unter dem Deckmantel des angeblichen "Antifaschismus" zu tarnen versuchen. Diese Gruppierungen haben bereits gezeigt, dass sie für die Umsetzung ihrer Ziele auch vor Gewalttaten nicht zurückschrecken. Verstärkt finden sich an den Hochschulen Plakatierungen, Schmierereien und Aufkleber dieser Gruppen. Leider ist in diesem Zusammenhang immer wieder festzustellen, dass es eine Tendenz zur Verharmlosung dieser Strömung gibt. Linksextreme nutzen bayernweit auch die Strukturen der studentischen Selbstverwaltung für ihre politischen Ziele, indem sie Büroräume, Gelder, die der studentischen Selbstverwaltung zur Verfügung stehen, und sonstige Infrastruktur im Namen der Hochschulpolitik systematisch missbrauchen. Dies ist nicht akzeptabel. Wir möchten auch hier explizit darauf hinweisen, dass wir uns als Anhänger der sog. Extremismustheorie verstehen. So sind wir der Ansicht, dass sowohl der Rechtsextremismus als auch der Linksextremismus gleichermaßen eine Gefährdung für unsere Gesellschaft darstellen.

Umweltextremismus

Eine weitere Radikalisierungstendenz ist in Teilen von an der Umweltbewegung partizipierenden Gruppen zu erkennen. Dies ist ein neues Phänomen, welches sich mitunter an den Hochschulen entwickelt und radikalisiert. So wird immer öfter der Zusammenhang zwischen Klimakampf und Klassenkampf gepredigt. Es ist tragisch, dass eine Bewegung, die berechtigte Anliegen hat, von Linksextremisten unterwandert und inhaltlich gekapert wird. Auch wir als RCDS setzen uns für den

Klimaschutz und Nachhaltigkeit an den Universitäten in ganz Bayern und Deutschland ein. Dennoch darf es nicht zur Norm werden, dass die Erreichung dieser Ziele mit antidemokratischen Vorgehensweisen als legitim erachtet wird. Die Artikulierung von Interessen erfolgt über Verbände und Parteien und nicht mittels radikaler bzw. extremistischer Vorgehensweisen. Es sind immer öfters Bilder zu sehen, bei denen Demonstranten Kohlekraftwerke und Straßen blockieren.⁴ Auch von der Besetzung von Gebäuden wird nicht mehr zurückgeschreckt.⁵ Viele der Demonstranten betrachten solche Regelbrüche als notwendig und somit auch als legitim. Ist dies noch zu rechtfertigen, wenn man durch den Protest auch Leib und Leben von Unbeteiligten gefährdet? Einen ersten Höhepunkt mit schweren Folgen bildeten die Proteste im Dannenröder Forst. Klimaaktivisten verursachten durch ihren Protest einen schweren Verkehrsunfall, bei dem ein unschuldiger Autofahrer schwer verletzt wurde.⁶ In vielen deutschen Städten werden neuerdings immer öfter Straßen durch Sitzblockaden lahmgelegt. Dabei schien es die Extremisten auch nicht zu stören, dass sie dadurch einen Rettungswagen blockierten.⁷ Laut §315b StGB stellt dies auch eine Straftat dar. Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Wissenschaftsfreiheit

Als Grundlage der Wissenschaftsfreiheit gilt die Verankerung im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Im Artikel 5 III heißt es „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“ Diese Garantie stellt die Grundlage für Forschung und Lehre in Deutschland dar. Ähnliches ist in Art. 108 BV und Art. 3 BayHschG festgehalten. Das Grundgesetz schützt nicht allein das abstrakte Gut, sondern sowohl die Fragen, die gestellt werden, die Auffassungen, die zu deren Beantwortung herangezogen und

⁴ Siehe hierzu: <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimawandel-protest-garzweiler-ende-gelaende-1.5045873> (zuletzt eingesehen am 27.05.2022)

⁵ Siehe hierzu: <https://www.berliner-zeitung.de/news/klima-protestwoche-aktivisten-besetzen-haus-des-wirtschaftsrats-li.177687> (zuletzt eingesehen am 27.05.2022)

⁶ Siehe hierzu: https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Gesellschaft-2/Neun-Festnahmen-Protestaktion-gegen-A49-Ausbau-sorgt-fuer-schweren-Verkehrsunfall-36434.html (zuletzt eingesehen am 27.05.2022)

⁷ Siehe hierzu: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/erneute-demos-am-montagnachmittag-klimaaktivisten-blockierten-berliner-autobahnen-rettungswagen-im-stau/28023672.html> (zuletzt eingesehen am 27.05.2022)

vertreten werden, und die Art und Weise wie diese Erkenntnisse schlussendlich weitergegeben werden.⁸

Gegenwärtig erleben wir weltweit immer zahlreichere und hemmungslosere Eingriffe in die Freiheit von Forschung und Lehre. Die Akteure treten jedoch nicht immer in Form von Staatsführungen und öffentlichen Einrichtungen offen auf. Oftmals erscheinen diese in nicht greifbarer Form. Eingriffe treten vereinzelt, doch in zunehmender Zahl, an verschiedenen Hochschulen und Universitäten auch in Bayern auf. Lehrpersonal wie auch Studentenschaft sehen sich in vielen Fällen einer zunehmenden Politisierung auch im Bereich der Wissenschaft ausgesetzt. Gerade ein zunehmender Meinungsdruck zum vermeintlich „Richtigen“ tritt vermehrt auf und fordert seinen Tribut. Durch diesen Meinungsdruck wird die Autonomie der Lehre bedroht, teilweiser Zwang zu einer bestimmten Erkenntnis greift in Fragestellungen der Forschung ein. Dieser Druck, der häufig durch Studenten auf Dozenten ausgeübt wird, sei es spürbar oder vermeintlich, gipfelt in der absichtlichen Störung von Lehrveranstaltungen bestimmter Dozenten oder zu bestimmten Inhalten, Anzeigen nach Vorlesungen oder Drohbriefen. Zwar greifen Universitäten und Hochschulen zumeist noch durch, doch wird bereits an vielen Stellen von Dozenten selbst oder auch durch die Hochschulen resigniert und nachgegeben. Auch eine an verschiedenen Stellen um sich greifende Selbstzensur, was man schreiben könne und bei welchem Inhalt man lauten Widerstand zu befürchten habe, weist klar in eine Richtung, die zunehmend Inhalte aus den Augen verliert und der es um Konformität geht.⁹

Dass trotz einem in der Verfassung verankerten Recht enormer Druck ausgeübt werden kann, weist auf einen sehr schwierigen Stand der Wissenschaftsfreiheit hin, die mehrfach – ob bewusst oder unbewusst – angegriffen wird. Hierbei gilt es zu handeln. Die Freiheit der Lehre und Forschung im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit stellt zwar ein Grundrecht der Einzelnen dar und schützt Dozenten wie Studenten, doch reicht ein Recht als solches noch lange nicht aus. Es muss auch gelebt und

⁸ Siehe hierzu: <https://www.forschung-und-lehre.de/recht/beschneidet-cancel-culture-die-wissenschaftsfreiheit-4237> [zuletzt eingesehen am 27.05.2022]

⁹ Siehe hierzu: <https://www.forschung-und-lehre.de/recht/beschneidet-cancel-culture-die-wissenschaftsfreiheit-4237> [zuletzt eingesehen am 27.05.2022]

verteidigt werden. Die Grenzen der Wissenschaftsfreiheit bestehen in denen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die die Freiheit der Wissenschaft gewährt. Wer die Wissenschaftsfreiheit neu verhandeln oder neu auslegen möchte, der missachtet sie bereits. Sie ist nicht auslegungsbedürftig, sondern steht als Grundrecht fest.

Als RCDS in Bayern e.V. vertreten wir die Auffassung, dass jedem Dozenten über Inhalte und Richtung seiner Forschung, den Vermittlungswegen und den Inhalten seiner Veranstaltungen die alleinige Gestaltungsfreiheit zusteht und seine Entscheidungen und Zielsetzungen vollumfänglich von der Freiheit der Wissenschaft gedeckt werden. Dass dieses Grundrecht verteidigt werden muss, erfordert von jedem Einzelnen, der sich zur Wissenschaftsfreiheit bekennt, dafür einzustehen und energisch jeder Einflussnahme entgegenzutreten. Hierbei sind alle Studenten gefragt und gemahnt, ihre Meinung und Bestreben zur Freiheit und der Garantie derselben in Wort und Schrift kundzutun.

Cancel Culture

Ein Phänomen, das zunehmend an Bedeutung und Reichweite gewinnt, ist die sog. „Cancel Culture“. Sie zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass zusehends versucht wird, ein linksintellektuelles Meinungsmonopol aufzubauen. Hierbei wird verstärkt auf Moral und immer weniger auf Tatsachen gesetzt. Dies führt häufig zu moralisch überladenen Debatten, bei denen kein sachlicher Austausch von Argumenten und Ideen mehr möglich ist. Dies bedroht nicht nur die Forschungsfreiheit an bayerischen Universitäten, zunehmend schränkt es auch die Meinungsfreiheit ein. Diese Verdrängung von Meinungspluralität darf weder von Seiten der Hochschulen noch von Seiten der Studenten hingenommen werden.

Ein Bereich, der besonders von dem Problem der „Cancel Culture“ betroffen ist, ist der Bereich der studentischen Gremien. So wird in vielen universitären Ausschüssen und studentischen Parlamenten nicht mehr demokratisch um das beste Konzept gestritten, sondern viel mehr wird jeder, der den ideologischen Leitplanken eines linksintellektuellen Weltbilds nicht folgt, als moralisch ungeeignet diffamiert. Dies beeinträchtigt nicht nur den demokratischen Prozess dieser Gremien, es ist auch einer der Gründe, warum derart wenige Studenten Interesse an einem Engagement in

einem dieser Gremien haben. Besonders sichtbar wird die durch die „Cancel Culture“ verursachte Diffamierung und Ausgrenzung häufig in sozialen Medien. Ausdruck findet sie nicht nur in einer eng ausgelegten Meinungshoheit, die wie bereits beschrieben Wirkkraft auch auf wissenschaftliche Forschung und Debatte sowie die Lehre zeitigt, sondern darüber hinaus auch in der Besetzung von Stellen nach Quoten und auf die Sprache. Argumente im Sinne, dass es nun mal „heute so sei“, gilt es in diesen Bereichen nicht länger hinzunehmen, sondern vielmehr gezielt zu fragen, warum man sich einer Meinungskultur unterwerfen solle, deren Inhalte man nicht teilt, und wo Konformität möglicherweise weniger gewollt, sondern vielmehr auf Anpassung und die Furcht vor Konfrontation zurückzuführen ist.

Sprache

Seit wenigen Jahren hat sich die sogenannte „geschlechtergerechte Sprache“ entwickelt, welche für sich den Anspruch erhebt, alle Geschlechter sichtbar darzustellen. Ursprüngliche Idee und Zweck war es, die gedankliche Gleichstellung aller Geschlechter durch die Verwendung dieser Sprache zu fördern. Durch die durch meist mit einem vorgelegten Stern oder Doppelpunkt an Personenbezeichnungen angefügte weibliche Endung soll oft dem sogenannten „männlichen Bias“, also der Vorstellung von nur männlichen Personen, vorgebeugt werden. Bei Artikeln und Personalpronomina werden sowohl männliche als auch weibliche Formen geschrieben.

Die Veränderungen der Sprache gehen zulasten der Verständlichkeit und bedeuten eine Verlängerung und Verkomplizierung von Gesprochenem und Geschriebenem. Für viele ist gerade das ein Grund, darauf zu verzichten und weiterhin das generische Maskulinum zu verwenden. Letzteres ist auch nicht exklusiv zu verstehen. Wie sein Name schon sagt, schließt das generische Maskulinum alle Geschlechter mit ein. Darüber hinaus besteht das Problem, dass für einige Personengruppen, wie Lesebehinderte und Spracherlernende beispielsweise, die Verständlichkeit der für sie ohnehin schwierigen deutschen Sprache weiter abnimmt. Da es sich darüber hinaus um eine politische und ideologische Programmatik der Sprache handelt, betrifft die Verwendung von Gendersprache nicht allein eine Form der Rechtschreibung oder des Klangs, sondern stellt eine Frage der politischen Ausrichtung und Auffassung dar. Zu

welchem Schluss man auch kommen mag, die freie Entscheidung für oder gegen Gendersprache muss zu jedem Zeitpunkt gegeben sein. Leider kam es an deutschen Hochschulen in den letzten Monaten immer häufiger und nachgewiesenermaßen zu einer schlechteren Benotung von Prüfungen aufgrund der Weigerung von Studenten, in den betreffenden Arbeiten zu gendern; teilweise wurde dies als Kriterium in Bewertungsbögen vorab offen aufgeführt.

Eine bewusste und dazu vorab angekündigte schlechtere Benotung einer Leistungserbringung aufgrund der Anwendung des grammatikalisch richtigen generischen Maskulinums gleicht einer ideologisch geleiteten Umerziehungsmaßnahme hin zu erzwungener ideologischer Homogenität, die in höchstem Maße übergriffig, bevormundend und dabei in keiner Hinsicht zielführend ist. Denn gerade die ursprüngliche übergeordnete Motivation, eine gerechtere und tolerantere Gesellschaft zu schaffen, verkehrt sich dadurch in der Praxis. Denn durch den Zwang wird das Gefühl vermittelt, nicht zu gendern sei moralisch verwerflich und ließe auf eine ablehnende Haltung gegenüber der Gleichberechtigung der Frau und Menschen anderer Geschlechtsidentifikation schließen. Dies wird so teilweise auch offen durch Dozenten behauptet und in manchen Fällen an der LMU sollte so eine bewusste Bloßstellung von Studenten erfolgen. Diese Unterstellungen sind absurd, da Umfragen zeigen, dass in Bayern auch ein Großteil der Frauen auf diese Art des Sprachgebrauchs verzichtet.¹⁰ Ebenso verwenden nicht alle Menschen anderer Geschlechtsidentifikation.

Solche Vorgehensweisen verfehlen gänzlich das Ziel, unsere Gesellschaft näher zusammenzubringen und mehr Zusammenhalt zu schaffen. Tatsächlich wird so Unfrieden und eher eine Spaltung gefördert, auch zwischen Kommilitonen. Das LMU-Plus Programm vom Wintersemester 2021/22 lässt die nicht neutrale Haltung bezüglich Gendersprache an den bayerischen Hochschulen auf erschreckende Weise sichtbar werden, welche viele Kommilitonen nicht nachweisbar schon seit zwei Jahren aus ihren regulären Kursen berichten. Kurse wie „Anti-Genderismus: Entwicklung, Akteur*innen, (Gegen-)Strategien“, in denen „gemeinsam Handlungsstrategien im

¹⁰ Siehe hierzu: MDRfragt: Deutliche Mehrheit lehnt Gendersprache ab. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/mdrfragt-umfrage-ergebnis-deutliche-ablehnung-von-gendersprache-100.html> [zuletzt eingesehen am 27.05.2022]

Umgang mit anti-genderistischen Inhalten“ erarbeitet werden sollen und in deren Beschreibung schon betont wird, dass dieses „anti-genderistische“ Verhalten meist von Verschwörungstheoretikern ausgeht, beleidigt und diskriminiert alle Mitglieder der Hochschulgemeinde, die anderer Meinung sind. Eine Möglichkeit des Andersdenkens und der offenen Diskussion ist nicht gegeben, da diese LMU-Plus-Kurse sowie viele Dozenten in regulären Kursen eine andere Haltung als die „Pro-Gendern“ von vornherein ausschließen. Es ist Studenten auch nicht abzuverlangen, offen und konfliktbereit eine „antigenderistische“ Position zu verteidigen, da diese meist in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Dozenten in Bezug auf die Notengebung stehen. Abgesehen davon muss es grundsätzlich für alle Hochschulen eine klare, unverrückbare Positionierung für die freie Entscheidung in Bezug auf diese Art des Sprachgebrauchs geben.

Unabhängigkeit der bayerischen Hochschulen

Die bayerische Hochschullandschaft ist eine der leistungsfähigsten und innovativsten in Deutschland und Europa. Neben den beiden Exzellenzuniversitäten TUM und LMU in München verfügt Bayern über eine ganze Reihe von weiteren Universitäten, die international bestes Ansehen genießen und an der Wirtschafts- und Innovationskraft Bayerns maßgeblich mit beteiligt sind. Dieser bayerische Pionierweg des Erfolgs und der Zukunft entstammt jedoch nicht dem Zufall, sondern ist viel mehr das Ergebnis langjähriger Bemühungen und Investitionen. Um diesen Erfolgsweg weiter zu beschreiten, ist es jedoch notwendig, dass der Staat den Universitäten Freiheiten gewährt und in gewissen Schlüsselbereichen Unabhängigkeiten für die Forschung und Lehre an Hochschulen garantiert. So gilt es in den kommenden Jahren eine Trias der bayerischen Unabhängigkeiten auf universitärer Ebene umzusetzen.

Finanzielle Unabhängigkeit – Eine solide Finanzierung der Universitäten ist unter allen Umständen notwendig. Grundlegend sind hier die Bereitstellung funktionierender digitaler Infrastruktur, Forschungseinrichtungen mit einer Ausstattung, die dem neusten Stand der Technik entspricht, sowie die gerechte und angebrachte Entlohnung von Fachpersonal. Neben diesen „Basics“ der strukturellen Investitionen in die Universitäten selbst, sollte diesen jedoch auch grundsätzlich mehr finanzieller Spielraum bei Eigeninvestitionen gewährt werden. So bietet es sich z.B. gerade im

Bereich der Start-Ups an, dass die notwendigen Finanzierungen und Förderungen nicht auf langwierigen und komplexen Umwegen über den Staat laufen, sondern direkt über die Universitäten.¹¹ Gerade in Deutschland besteht aufgrund dieses Umwegs ein enormes Finanzierungsdefizit von Start-Ups, was gerade in den ersten Jahren eines Unternehmens eine existentielle Bedrohung zukünftiger Hochtechnologie-Unternehmen sein kann.¹² Es braucht daher mehr Mut zu Wagnis- und Risikokapital, unbürokratische Beantragungen und schnellere Fördermittelvergabe. Um all das zu verbessern, sollten die Universitäten selbst zu Investoren werden und mit Hilfe eines Universitätsfonds gezielte Projekte fördern. Da die Universitäten viel näher am jeweiligen Projekt sind als die Amtsstuben der bayerischen Bürokratie, bietet es sich an, die Universitäten selbst entscheiden zu lassen, wie viel Geld sie in welches Projekt investieren wollen. Anstatt das Geld also in Sondertöpfen liegen zu lassen und die Bürokratie so zu verkomplizieren, dass die meisten Antragssteller bereits bankrott sind, bevor eine Eingangsbestätigung des Antrags ausgestellt ist, sollte das Geld vielmehr den Universitäten direkt bereitgestellt werden, die damit wiederum gezielt, schnell und unbürokratisch investieren und fördern können. Dies macht Universitäten nicht nur unabhängiger von externen Unternehmen und privaten Geldgebern, sondern stärkt auch die Gründungsbereitschaft und den Forschungsdrang.

Ideologische und politische Unabhängigkeit – Es muss seitens der Ministerien, jedoch auch besonders seitens der Universitäten, darauf geachtet werden, dass es zu keiner Art von Denkverboten aufgrund ideologischer Sichtweisen kommt. So dürfen beispielsweise ideologische Vorurteile gegenüber der Bundeswehr nicht dazu führen, dass grundsätzlich militärische Forschung und Entwicklung behindert oder verboten wird. Militärische Forschung beinhaltet nicht nur die Entwicklung von Waffensystemen, sondern umfasst auch beispielsweise die Bereiche Bevölkerungsschutz und Flugzeugtechnik. Anzunehmen, man würde mit militärischer Forschung grundsätzlich „friedensfeindliche“ Forschung betreiben, zeugt von einem realitätsfernen, ideologisch geprägten und teils auch naiven Weltbild, nachdem sich

¹¹ Siehe hierzu: <https://www.ionos.de/startupguide/gruendung/start-up-finanzierung-optionen-fuer-die-foerderung/> (zuletzt eingesehen am 27.05.2022)

¹² Siehe hierzu: <https://wirtschaft.com/studie-buerokratie-und-fehlendes-risikokapital-vertreibt-firmengruender/> (zuletzt eingesehen am 27.05.2022)

auch gerade im Sinne des Friedens nicht zu richten ist. Auch dürfen militärische Forschung und somit auch die Bundeswehr nicht außerhalb der Gesellschaft stehen. Eine Parlamentsarmee muss in der Hochschule und in der Forschung ihren Platz haben, gerade auch um die Akzeptanz und die Wertschätzung der Bundeswehr zu stärken. Auch die Forschung im Bereich der Kernkraft und deren kommerzieller Nutzung zur Stromversorgung sollte keinesfalls aus ideologischen oder politischen Gründen eingestellt werden. Spätestens mit der neuen Taxonomie der EU muss gerade in Deutschland erkannt werden, dass eine breite Mehrheit der Europäer unseren ideologischen Sonderweg nicht mitgeht, sondern im Gegenteil weiterhin auf kommerzielle und CO₂-neutrale Stromerzeugung durch Kernenergie setzt.¹³ Sollte der deutsche Irrweg nicht beendet werden, würde das bedeuten, dass der deutsche Steuerzahler nicht nur durch exorbitant hohe Energiepreise belastet wird, er würde zeitgleich über den EU-Haushalt auch atomare Forschung in z.B. Frankreich, Spanien oder Italien bezahlen, anstatt das Geld in heimische Forschung, Arbeitsplätze und Unternehmen zu investieren.

Grundsätzlich müssen Universitäten ein sicherer Ort des Meinungs austausches sein. Jede mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbarte Haltung sollte an Universitäten geäußert werden dürfen.

Unabhängigkeit von ausländischen Beeinflussungen – Vermehrt wird auch von ausländischen, häufig chinesischen regierungsnahen Institutionen mit unlauteren Mitteln versucht, Einfluss auf die deutsche und bayerische Hochschullandschaft zu nehmen und Denkverbote zu ihren Gunsten zu installieren.¹⁴ Dies darf unter keinen Umständen toleriert und akzeptiert werden. Häufig spielt auch die bereits angesprochene finanzielle Abhängigkeit eine entscheidende Rolle, da fehlendes Kapital meist der Hauptgrund ist, warum eine Abhängigkeit erst entsteht. Es muss somit garantiert werden, dass jede universitäre Veranstaltung auch ohne die Hilfe

¹³ Siehe hierzu: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/taxonomie-klimaschutz-greenwashing-faq-100.html> [zuletzt eingesehen am 27.05.2022]

¹⁴ Siehe hierzu: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_91087744/konfuzius-institute-bedroht-china-die-meinungsfreiheit-an-deutschen-unis-.html [zuletzt eingesehen am 27.05.2022]

ausländischer Institutionen durchgeführt werden kann, wofür wiederum die bereits angesprochene finanzielle Unabhängigkeit vorangetrieben werden muss.

Fazit zur ideologiefreien Hochschule

An vielen Stellen zeigt sich das wertvolle Ideal einer politisch und weltanschaulich unabhängigen bayerischen Hochschullandschaft bedroht und immer sind es keine offenen Debatten auf Augenhöhe, sondern schleichende Prozesse und Diskurse, die oft genug wissenschaftliche Meinungen mit politischen Ansichten vermischen und ein gefährliches Amalgam bilden. In vielen Fällen konnte es so weit nur kommen, weil es zu geringen Widerstand hiergegen gab: Als Verfechter einer gelebten Kultur ideologiefreier Hochschulen ist jeder Einzelne, der dieses Ideal teilt, gefragt und aufgefordert, seine Standpunkte in offenem Diskurs, gegenüber Kommilitonen und Dozenten, gegenüber Hochschulen und Fakultäten zu vertreten und zu behaupten. Einerseits wird dadurch durchaus deutlich, dass es sich nicht zwangsläufig um Meinungen der breiten Mehrheit handelt, sondern es durchaus gegenteilige Positionen gibt, die berücksichtigt werden wollen. Zum anderen gilt es, dadurch ein Zeichen zu setzen für alle die im Hörsaal und an den Hochschulen das Gleiche denken und es sich womöglich einfach nicht zu sagen trauen. Der RCDS in Bayern e. V. steht an der Seite derer, die den Mut haben, zu ihrer Meinung zu stehen.